

Ressort: Politik

IOM will in Libyen "sichere Räume" für Flüchtlinge schaffen

Berlin, 23.11.2017, 00:00 Uhr

GDN - Die Internationale Organisation für Migration (IOM) will mit neuen Maßnahmen die Situation der Flüchtlinge in Libyen verbessern. Man arbeite an der Einrichtung von "sicheren Räumen" (safe spaces) an verschiedenen Orten, darunter auch in der Hauptstadt Tripolis, sagte ein Vertreter der IOM der "Welt" (Donnerstagsausgabe).

"Die Aufenthalte in diesen 'sicheren Räumen' sollen vorübergehend sein, und zwar solange bis nachhaltige Lösungen gefunden werden wie etwa eine menschenwürdige Rückführung und die Reintegration der Menschen in ihren Herkunftsländern", schreibt das IOM. Die Einrichtungen wenden sich vor allem an Kinder, Frauen und gefährdete Personen. Zudem arbeitet die IOM nach eigenen Angaben zusammen mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) an dem Aufbau eines sogenannten Nottransfermechanismus (Evacuation Transit Mechanism - ETM). Demnach sollen besonders schutzbedürftige Flüchtlinge von Libyen in Drittstaaten wie Niger gebracht werden. Von dort aus soll auch eine Umsiedlung (resettlement) der betroffenen Personen nach Europa möglich sein. Vor kurzem wurden bereits 25 Flüchtlinge aus Libyen nach Niger gebracht. Frankreich hat zugesagt, diese bis Ende Januar aufzunehmen. Die Situation für Flüchtlinge in Libyen hat sich nach Einschätzung von Experten zuletzt erneut verschlechtert. Selbst zu Flüchtlingslagern der Regierung haben internationale Organisationen nur zum Teil Zutritt. Noch deutlich prekärer scheint die Lage in den Lagern der Milizen. Deutsche Diplomaten hatten bereits vor einem Jahr in diesem Zusammenhang von "KZ-ähnlichen Verhältnissen" gesprochen. Auch die Bundesregierung dringt auf eine Verbesserung der Situation vor Ort. Dazu gehört unter anderem die finanzielle Unterstützung von UNHCR und IOM. Wie es aus dem Auswärtigen Amt auf Anfrage der "Welt" hieß, sei "langfristig" die Stabilisierung der Einheitsregierung das "effektivste Mittel, um den Schutz von Flüchtlingen zu verbessern". Gleichzeitig übt die Regierung Kritik an der Einheitsregierung: Man fordert "die Einrichtung offener Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge und Migranten". Außerdem kritisiert die Bundesregierung, den zum Teil aggressiven Einsatz der Küstenwache: Man spreche gegenüber der Einheitsregierung auf "hochrangiger Ebene regelmäßig an", dass es "nicht zu völkerrechtswidrigen Einschränkungen von Seenotrettungen durch Nichtregierungsorganisationen" kommen dürfe, hieß es aus dem Auswärtigen Amt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98047/iom-will-in-libyen-sichere-raeume-fuer-fluechtlinge-schaffen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com